AK Wien / AMS Wien / WAFF

"Offen gesagt –
Dialogforum zum Wiener Arbeitsmarkt 2018"
Fokusgruppen zu den Sichtweisen von arbeitsuchenden MindestsicherungsbezieherInnen und zur Interaktion im AMS-Betreuungsprozess

Abschlussbericht

Mag.^a Ursula Breitenfelder
Mag.^a Isabella Kaupa



Wien, Februar 2019



Inhalt

1 Zielsetzung und methodisches Vorgehen	3
2 Lebenssituation mit der Mindestsicherung	з
3 Arbeitsuche	4
4 Job- und Gehaltsvorstellungen	5
5 Der Weg aus der Mindestsicherung	6
6 Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes	7
6.1 Lohnniveau	7
6.2 Kinderbetreuungseinrichtungen	7
7 AMS	7
8 Qualifizierung	9
9 Hypothesen und Empfehlungen	10
Deutschkurse wichtigstes Instrument	10
Berufsbezogene Aus- und Weiterbildung ebenfalls zentral	10
Gute Ausbildung und Entwicklung von Kindern kostet Geld	10
Ganztägige und leistbare Kinderbetreuung wesentlich	11
JedeR ist anders - Individuelle Beratung und Vernetzung wirken	11
Armut und Stigmatisierung erschweren Arbeitsuche	11
Noch mehr Berufsberatung	12
Stabilität durch Wohnraum sicherstellen	12
Kostenfreier öffentlicher Raum hat hohe Bedeutung	12
Information und verständliche Kommunikation fördern	12



1 Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Die Fokusgruppen und Interviews des Dialogforums "Offen gesagt 2018" fanden von 24. September bis 5. November 2018 statt, in 5 Gruppen und 4 muttersprachlichen Interviews nahmen insgesamt 64 arbeitsuchende BezieherInnen der Wiener Mindestsicherung teil. Die Gruppen wurden nach den folgenden Kriterien zusammengesetzt:

- Mindestsicherungs-VollbezieherInnen unter 25 (2 Gruppen)
- Mindestsicherungs-VollbezieherInnen 25plus
- Mindestsicherungs-ErgänzungsleistungsbezieherInnen (zusätzlich zu AMS-Bezügen)
- Weibliche Asylberechtigte (Syrien, Afghanistan)
- Männliche Asylberechtigte (Syrien, Afghanistan)

Zusätzlich wurden insgesamt **4 muttersprachliche Interviews** mit 2 Männern und 2 Frauen aus Syrien und Afghanistan, die Mindestsicherung beziehen, geführt.

Ziel des Projekts war es, die Lebenssituation, die Unterstützungsbedarfe und die Wahrnehmung von Angeboten und Serviceleistungen von arbeitsuchenden MindestsicherungsbezieherInnen in Wien im Hinblick auf Existenzsicherung, Jobsuche, Beratung und Qualifizierung zu erheben. Es folgt ein komprimierter Überblick über die Hauptergebnisse.

2 Lebenssituation mit der Mindestsicherung

Die Mindestsicherung reicht laut Aussagen der Befragten grundsätzlich zur Abdeckung des Notwendigsten, es kann aber sehr leicht passieren, dass MindestsicherungsbezieherInnen aus von ihnen schwer beeinflussbaren Gründen in prekäre und krisenhafte Situationen geraten, dazu gehört beispielsweise: Kaputte Haushaltsgeräte nicht reparieren oder neu beschaffen zu können, eine neue Wohnung finden zu müssen oder Anschaffungen für die Kinder (Schule, Schuhe, Möbel). Die meisten MindestsicherungsbezieherInnen (und ihre Kinder) führen, so zeigen es die Schilderungen, selbst bei der aktuellen Höhe der Mindestsicherung (Oktober 2018) ein Leben in Armut oder an der Armutsgrenze.

Erleichternd wirkt es sich auf die Situation aus, wenn man die Kosten für die Miete niedrig halten kann. Erschwert wird die Situation als Mindestsicherungsbezieherln, wenn das unterstützende familiäre Umfeld fehlt oder es kein Netzwerk gibt, wenn man sich mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht auskennt und auch nicht weiß, wo man sich beraten lassen kann. Aufgrund der Situation entsteht für die Menschen auch eine hohe psychische Belastung.

Coping-Strategien für den Umgang mit der Situation sind: Sparsamkeit und Bescheidenheit, vorausschauend planen und alles vorher berechnen, günstige Produkte und keine teuren Marken kaufen, Gratis-Aktivitäten oder den Kulturpass nutzen, Spazieren gehen oder zuhause zu bleiben – letzteres entweder alleine, mit der Familie oder mit eingeladenen Freundlnnen.



Die soziale Teilhabe der MindestsicherungsbezieherInnen ist somit sehr unterschiedlich. Einige geben an, dass sie es sich nicht leisten können, in ein Lokal zu gehen oder z.B. ins Kino. Manche bleiben auch (alleine) zuhause, wenn sie kein Geld haben. Einige, vor allem Männer, nutzen so oft wie möglich den öffentlichen Raum und gehen z.B. in Parks. Deutschkurse bieten ebenso Gelegenheiten für soziale Kontakte. Zum (Deutsch) Lernen suchen manche auch Bibliotheken auf. Schließlich gehören auch Behördengänge, Arztbesuche oder ein Termin beim AMS zu öfter genannten Tagesaktivitäten, ebenso wie die diversen Maßnahmen zur Arbeitsuche.

Auffallend ist, dass **Asylberechtigte** oft angeben, keine Kontakte zu ÖsterreicherInnen zu haben bzw. dass es für sie schwer sei, mit ÖsterreicherInnen in Kontakt zu kommen. FreundInnen und Bekannte gehören deshalb meist zur gleichen **ethnischen Community.**

Viele TeilnehmerInnen finden es **gut, dass es die Mindestsicherung gibt** und sind auch "dankbar dafür".

Themen, die zum aktuellen Mindestsicherungsmodell in Wien kritisch diskutiert wurden, waren: Mindestsicherung und Wohneigentum bzw. Besitz, Mindestsicherung und nicht anerkannte Wohngemeinschaften, Mindestsicherung und Studium, Mindestsicherung und Urlaub/Reisen sowie gefühlte Benachteiligung mancher TeilnehmerInnen gegenüber anderen MindestsicherungsbezieherInnen

Bezüglich der Erfahrungen mit der MA 40 berichten etliche TeilnehmerInnen davon, dass sie sehr lange – 2-3 Monate ab Antragstellung – auf den Bescheid für die Mindestsicherung warten mussten oder aktuell warten. Diese "Wartezeit" stellt für viele eine finanziell prekäre Situation dar, in der z.B. Miete, Energiekosten oder Kindergarten nicht bezahlt werden können oder keine Krankenversicherung besteht. Mit den ReferentInnen bei der MA 40 haben die TeilnehmerInnen sowohl positive als auch negative Erfahrungen gemacht – tendenziell gab es mehr positive Nennungen: Die BeraterInnen seien freundlich, unterstützend und bemüht, dass alles schnell geht. Einzelne BeraterInnen nehmen sich nach Ansicht der Befragten jedoch nicht genug Zeit, um alles zu erklären, bis es verstanden wird.

Einige TeilnehmerInnen berichteten von Verständigungsschwierigkeiten, Missverständnissen oder fehlerhaften und mangelnden Informationen im Umgang mit Behörden, auch mit dem AMS und der MA 40. Insbesondere für Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache ist es oft schwer, Abläufe, Kriterien oder Richtlinien zu verstehen, vor allem dann, wenn wenig Zeit für Beratung ist und schnell gesprochen wird. Dies führt zu Erschwernissen bei der Suche nach Arbeit oder Qualifizierungen oder zu Fehlern bei der Einhaltung von Regeln.

3 Arbeitsuche

Es zeigte sich in den Diskussionen, dass ein nicht unerheblicher Anteil der TeilnehmerInnen eine Qualifizierung als Voraussetzung ansieht, um überhaupt Chancen am Arbeitsmarkt zu haben. Vor allem Personen mit nicht-deutscher Muttersprache sagen, dass Deutsch Lernen oder Verbessern der Deutschkenntnisse für sie <u>der Schlüssel zum Arbeitsmarkt</u> ist, weswegen sie darauf ihren Fokus legen.



Neben guten bis sehr guten **Deutschkenntnissen** sind **Erfahrung und Ausbildung** die **wichtigsten Voraussetzungen**, um einen Job zu finden. Manchen Arbeitsuchenden, insbesondere älteren, können gesundheitliche Probleme, darunter auch psychische Erkrankungen im Weg stehen, bei **Asylberechtigten** können zusätzlich Traumatisierungen und damit einhergehende schlechte **Merkund Lernfähigkeit** die Arbeitsuche erschweren. Auch die zunehmende **Konkurrenz am Arbeitsmarkt** erschwert für einige die Situation. Von Müttern werden nicht **kinderbetreuungskompatible Arbeitszeiten** thematisiert. Eine spezielle Erschwernis stellt schließlich ein vorangegangener **Privatkonkurs** dar.

Der großen Bandbreite an Erschwernissen und Herausforderungen stehen überschaubare Strategien der Arbeitsuche gegenüber. Die Betroffenen suchen Stellen über das Internet, Job-Plattformen, AMS-Jobroom, aber auch über die Zeitung (Samstag-Kurier). Viele berichten davon, dass sie sehr viele Bewerbungen schreiben und manche auch, dass sie Vorstellungstermine haben.

Kontakte zu Firmen seien fast immer über **E-Mail**, manchmal per **Telefon** oder persönlich. **Direkt zu den Firmen hinzugehen** ermögliche gleich einen persönlichen Kontakt, gelegentlich habe sich das in der Vergangenheit bewährt. Wichtig ist bei der Arbeitsuche auch das **persönliche Netzwerk**, der Freundes- und Bekanntenkreis.

Die häufigste Erfahrung, die die TeilnehmerInnen mit Unternehmen gemacht haben, waren Absagen oder gar keine Antwort. Ein sehr häufiger Absagegrund sind nicht ausreichende Deutschkenntnisse. Manchmal wird einem nur eine geringfügige Stelle angeboten, obwohl man Vollzeit arbeiten möchte. ArbeitgeberInnen seien auch skeptisch bei psychischen Erkrankungen, da sie Rückfälle und Krankenstände befürchten würden. Eine immer wieder genannte Erfahrung stellen auch Situationen dar, in denen es sehr viele BewerberInnen auf eine Stelle gibt. Schließlich fühlen sich Frauen bei Bewerbungsgesprächen immer wieder diskriminiert, und zwar sowohl als Frau mit Kindern als auch ohne.

4 Job- und Gehaltsvorstellungen

Die Jobvorstellungen sind davon geprägt, welche Ausbildung man bereits gemacht hat oder welche informell erworbenen Kompetenzen man sich zutraut – letzteres fördert rollentraditionelle Vorstellungen wie Kinder betreuen und Pflege bei Frauen, Auto fahren und handwerkliche Tätigkeiten bei Männern. Nur bei einigen wenigen Befragten entsteht der Eindruck, sie hätten sich intensiver mit einem größeren Spektrum an Möglichkeiten und deren Arbeitsmarktrelevanz beschäftigt. Und bei jenen, die dies tun, verhindert oftmals die nicht mögliche Finanzierung der Ausbildung die Verwirklichung der Vorstellungen.

Arbeitszeit- und Gehaltsvorstellungen hängen so miteinander zusammen: Die Ausgangsbasis ist das notwendige Familieneinkommen, und je schlechter eine Tätigkeit bezahlt ist, umso mehr müssen eine oder mehrere Personen arbeiten, um dieses zu erwirtschaften. Es geht den Menschen weniger darum, wie viel sie arbeiten, sondern vielmehr darum, wie viel sie verdienen, um sich und ihre Familie ernähren zu können. Wenn dafür 20-30 Stunden reichen, ist es gut, wenn 40 Stunden und mehr dafür notwendig sind und die Rahmenbedingungen es zulassen, sind die meisten auch dazu bereit.



Fasst man die Punkte zu Arbeitsuche, Job- und Gehaltsvorstellungen zusammen, so lässt sich sagen, dass (je nach Handicap) folgende Dinge helfen können, um eine Arbeit zu finden und anzunehmen:

- Deutschkenntnisse lernen, verbessern, fördern
- Flexible Kinderbetreuungsangebote
- Kontakte von Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache mit Menschen mit deutscher Muttersprache
- Erweiterung der Netzwerke der Arbeitsuchenden
- Qualifizierte Ausbildungen und Umschulungen
- Möglichkeiten, um Praxiserfahrung zu sammeln
- Information zu Berufsmöglichkeiten und deren Arbeitsmarktrelevanz
- Unterstützung bei der Jobmobilität
- Höhere Gehälter
- Attraktive Arbeitsbedingungen

5 Der Weg aus der Mindestsicherung

Damit Menschen auf die Mindestsicherung verzichten können, muss das Einkommen, das sie mit der Aufnahme einer Arbeit erzielen, **existenzsichernd** sein. Für viele sollte die Arbeit zumindest gleich viel oder sogar ein wenig mehr Geld bringen als die Mindestsicherung. Dies ist oft nicht der Fall, wenn Teilzeit gearbeitet wird, Arbeit niedrig entlohnt wird oder andere Sozialleistungen und Beihilfen wegfallen.

Es werden in den Diskussionen und Interviews aber auch etliche Gründe genannt, warum die Befragten motiviert sind, auf die Mindestsicherung zu verzichten und stattdessen einer vollversicherten Arbeit nachzugehen: Da die Mindestsicherung nicht pensionsbegründend ist, spricht die Pension auf jeden Fall dafür, auch bei gleicher/ähnlicher Einkommenshöhe arbeiten zu gehen. Wenn man arbeitet, sind Sparen und Rücklagen möglich, ebenso Kreditaufnahme oder Kontoüberziehungsmöglichkeit. Außerdem könne man dann wieder Urlaub machen und erhalte Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Wenn der neue Job Aufstiegs- und Entwicklungsperspektiven bietet, dann kann das Gehalt zu Beginn auch niedrig sein, auch wenn die Arbeit Spaß macht und man sie wirklich machen möchte, ist der Verdienst für manche nebensächlich. Ebenso wirken Zukunftsperspektiven, ein gutes Lebensgefühl und eine allgemeine Grundhaltung, dass man von der Arbeit und nicht von der Mindestsicherung leben möchte, als Antrieb.

Warum manche Menschen wenig Perspektiven sehen, auf die Mindestsicherung zu verzichten, ist zum einen eine schlechte Bezahlung, bei der man dann für viel Arbeit gleich viel erhält wie durch die Mindestsicherung. Arbeiten gehen verursacht auch zusätzliche Kosten, die man durch Arbeit erwirtschaften muss; auf der anderen Seite fallen die Beihilfen weg. Auch wenn man viele Kinder hat und eventuell auch noch alleinerziehend ist, scheint es trotz Arbeitsinteresses für manche Betroffenen besser zu sein, zuhause zu bleiben als arbeiten zu gehen: Zum einen habe man gleich viel Geld, zum anderen könne man sich um seine Kinder kümmern.



6 Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes

6.1 Lohnniveau

Durch alle Fokusgruppen zieht sich die Wahrnehmung, dass das Lohnniveau in vielen Jobs zu niedrig ist und in den letzten Jahren nicht gleich gestiegen ist wie die Lebenshaltungskosten.

Wenn Frauen mit (mehreren) Kindern und zusätzlichen Vermittlungshemmnissen wie geringer Qualifikation oder schlechten Deutschkenntnissen zeitlich nur eingeschränkt zur Verfügung stehen und in schlecht bezahlten Tätigkeiten teilzeitbeschäftigt sind, reichen die Löhne keinesfalls aus, um die Existenz zu sichern. Das heißt: Ganz gleich, ob diese Menschen arbeiten oder nicht, sie benötigen neben dem Einkommen Mindestsicherung, um überleben zu können.

Bei niedrigem Qualifikationsniveau und in schlecht bezahlten Branchen müssen Beschäftigte folglich mindestens 40 Wochenstunden arbeiten, um ohne Mindestsicherung ihre Existenz sichern zu können. Männliche Asylberechtigte meinen sogar, eine Arbeitszeit von mehr als 40 Stunden sei unabdinglich, um ohne Mindestsicherung auszukommen. Den männlichen Asylberechtigten werden laut eigenen Aussagen am Wiener Arbeitsmarkt Gehälter zwischen 1.000 und 1.300 Euro (netto) angeboten. Deshalb ist vielen Befragten sehr bewusst, dass die Basis für ein ausreichendes Einkommen eine gute Ausbildung ist.

Eine weitere Problematik, die im Zusammenhang mit dem niedrigen Lohnniveau angesprochen wird, sind **ausländische Unternehmen**, die hier in Österreich Personen zu niedrigeren Gehältern beschäftigen sowie **EinpendlerInnen** aus den Nachbarländern Ungarn und Slowakei.

6.2 Kinderbetreuungseinrichtungen

Das Vorhandensein eines ganztägigen Kinderbetreuungsplatzes für Kinder unter 10 Jahren ist eine wichtige Bedingung für die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Diese Voraussetzung scheint für die befragten Gruppen schwer erfüllbar zu sein, nur ein Drittel der Teilnehmerlnnen mit Kind(ern) unter 10 Jahren haben für alle jüngeren Kinder einen ganztägigen Betreuungsplatz, die restlichen haben für zumindest eines der Kinder gar keinen oder nur einen Halbtagsbetreuungsplatz. Die Folge ist, dass die Befragten für den Arbeitsmarkt nur eingeschränkt verfügbar sind. Die große Herausforderung im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung: Es ist leichter, einen ganztägigen und einen öffentlichen Betreuungsplatz zu bekommen, wenn man eine Arbeit nachweisen kann. Darüber hinaus scheint es bei einigen Personen Informationsdefizite zu den Öffnungszeiten an Kindergärten und Schulen bzw. zu Schulstandorten mit Nachmittagsbetreuung zu geben.

7 AMS

Die Sichtweisen über die **Angebote des AMS** fallen nach Alter, kulturellem Hintergrund und Geschlecht **sehr unterschiedlich** aus. Am größten scheinen der Druck und die Erwartung einer Hilfestellung bei den männlichen Asylberechtigten zu sein. Bei den weiblichen Asylberechtigten wirkt es so, als ob aktive Arbeitsuche bei der Mehrheit noch ein Zukunftsthema ist und derzeit neben der



Kinderbetreuung die Verbesserung der Deutschkenntnisse im Vordergrund steht. Wenige Erwartungen hinsichtlich Stellenangeboten haben die anderen Gruppen.

Zusammengefasst scheint es zwei konträre **Typen von Bewerbungsverhalten** zu geben: Die eine Gruppe ist dadurch gekennzeichnet, dass das Bewerben mehr **rituellen Charakter** angenommen hat. Es ist Teil des Tagesablaufs geworden, dahinter scheinen aber **Resignation** und das Fehlen einer Perspektive zu liegen. Bei der anderen Gruppe hat das Bewerben fast **hyperaktiven Charakter**. Diese Gruppe hat bereits sehr viele erfolglose Versuche, einen Job zu finden, hinter sich und macht trotzdem weiter, weil auch der **Druck, aus dem Mindestsicherungsbezug rauszukommen**, groß ist.

Die Haltung gegenüber sogenannten "Kursen", zu denen man vom AMS geschickt wird, ist wie auch schon in den früheren Erhebungen kritisch, und zwar über alle Gruppen hinweg. Immer noch kursiert das Gerücht, dass die AMS-Kurse dazu da seien, die Statistik zu bereinigen. Besonders streng beurteilt wird eine bestimmte Sorte von Kursen, die von den Befragten als "Job-Coachings" oder "Arbeitssuchkurse" bezeichnet werden.

Auch die heuer erstmals befragte Zielgruppe der Asylberechtigten beurteilt Maßnahmen, die ausschließlich bei der Jobsuche helfen sollen, skeptisch. Als hilfreich werden jedoch der Kompetenzcheck und Beratungsstellen erachtet, wo es möglich ist, die vorhandenen Abschlüsse bewerten zu lassen. Tendenziell positiv werden von den männlichen Asylberechtigten auch Maßnahmen beurteilt, bei denen man über einen bestimmten Zeitraum umfassend beraten und begleitet wird, das heißt, wenn Berufsorientierung, Einzelcoachings und die Unterstützung bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen kombiniert werden.

Positiv beurteilt werden von TeilnehmerInnen Maßnahmen auch dann, wenn sie es ermöglichen, **Unternehmen kennenzulernen**.

Bei den Kursförderungen wird als besonders wertvoll und nützlich für die Integration in den Arbeitsmarkt die Finanzierung von Deutschkursen bezeichnet. Das sagen sowohl männliche und weibliche Asylberechtigte aus Syrien oder Afghanistan als auch MigrantInnen aus anderen Ländern, die schon länger in Österreich sind. Einig sind sich die Befragten auch darüber, dass 2018 viel weniger Deutschkurse finanziert worden sind als in früheren Jahren.

Nicht für alle nachvollziehbar ist auch die **Entscheidung, welcher Kurs für wen finanziert** wird – hier wird eine gewisse (beraterabhängige) **Willkürlichkeit** unterstellt.

Im Ranking, welche Kurse gefördert werden sollten, liegt an zweiter Stelle hinter den Deutschkursen die Finanzierung von **fachlichen Qualifizierungen**. Doch auch hier werden **Kürzungen** bei den Förderungen in allen Fokusgruppen wahrgenommen.

Ein weiterer Kritikpunkt im Zusammenhang mit der Finanzierung von Qualifizierungen bezieht sich auf die Frage, **welche Kursanbieter und Kurszeiten** bei vom AMS geförderten Ausbildungen überhaupt möglich sind. Beanstandet wird z.B., dass Kurse mit berufsbegleitenden Zeiten abends oder am Wochenende vom AMS grundsätzlich nicht gefördert werden.

Die Beratung und Betreuung durch das AMS Wien wird wie schon in den qualitativen Monitorings der letzten Jahre unterschiedlich beurteilt. Der Grundtenor lautet: Die **Qualität der Beratung ist vom**



Berater oder von der Beraterin abhängig. Diese werden grob in zwei Gruppen eingeteilt: höfliche, freundliche, engagierte und bemühte BeraterInnen auf der einen Seite und unhöfliche, strenge und wenig engagierte BeraterInnen auf der anderen Seite.

Positiv bewertet wird eine Beraterhaltung auf Augenhöhe: Der Berater/die Beraterin hört zu, ist freundlich und versucht, die Fragen zu beantworten oder zu helfen.

Negativ bewertet wird von den TeilnehmerInnen unfreundliches oder respektloses Verhalten, aber auch das Erleben von mangelndem Engagement. Mehrere Befragte erzählen, dass es BeraterInnen gebe, die nicht zuhören oder veraltete Stellenangebote schicken würden. Diese Kritikpunkte werden quer über die Gruppen formuliert. Speziell junge Leute und Zugewanderte kritisieren auch, dass die BeraterInnen in der Regel keine Zeit haben und dass die Wartezeit zu lange sei (bis zu 1,5 Stunden).

Was von den Befragten wahrgenommen und von einigen auch für gut befunden wird, sind Maßnahmen, wo es andere BeraterInnen gibt, die mehr Zeit haben und auch für Fragen der Berufsorientierung und Ausbildung zu Verfügung stehen. Speziell für junge Leute und für Asylberechtigte, die sich hier ein neues Leben aufbauen wollen, ist das sehr wichtig.

8 Qualifizierung

Weiterbildung hat für die TeilnehmerInnen generell einen hohen Stellenwert, besonders hervorgehoben wird die Wichtigkeit von Qualifizierung jedoch von weiblichen und männlichen Asylberechtigten und von MindestsicherungsbezieherInnen unter 25 Jahren. Aus Sicht der Asylberechtigten braucht man hierzulande für jeden gut bezahlten Job eine Ausbildung plus ein Zeugnis.

Folgende Qualifizierungsbedarfe und Abschlüsse sind für die TeilnehmerInnen von zentraler Bedeutung:

- Deutschkenntnisse
- Schulabschlüsse
- Darauf aufbauende Lehrabschlüsse
- Ausbildungen mit formalem Abschluss

Voraussetzungen, um überhaupt eine fachliche Aus- oder Weiterbildung machen zu können, sind Schulabschlüsse und Deutschkenntnisse, z.B. für die Ausbildung zur Kindergartenassistenz. Auch um eine Lehre machen zu können, brauche es einen Schulabschluss. Daneben gute Mathematik-, Englisch- und Computerkenntnisse, um beruflich Chancen zu haben.

Bei **Deutschkursen** ist es nach Ansicht der Befragten besonders wichtig, dass sie **direkt aneinander anschließen**. Wartezeiten, in denen das Gelernte wieder vergessen wird, sollten vermieden werden. Für einen schnellen Spracherwerb ist aber auch die **Gelegenheit, so oft wie möglich Deutsch zu sprechen**, zentral. Auch für die **Sprachpraxis** ist es also **hilfreich, einen Job zu haben**.



Über alle Gruppen hinweg ist der WAFF ca. einem Drittel bis der Hälfte der TeilnehmerInnen bekannt. Viele davon kennen den WAFF als Förderstelle für Aus- und Weiterbildungen und als Anbieter von Ausbildungen für Frauen, vor allem im technischen und medizinischen Bereich. Auch als Anrechnungsstelle für Zeugnisse wurde der WAFF einer Teilnehmerin empfohlen. Ebenso gibt es Erfahrungen mit den Angeboten "Jobs mit Ausbildung". Schließlich wird der WAFF im Zusammenhang mit diversen Weiterbildungsförderungen diskutiert, wobei es bei manchen TeilnehmerInnen Unklarheit über die Frage zu geben scheint, wann und welche Weiterbildungen vom WAFF zur Gänze finanziert werden. Einige erwähnen die Bildungsgutscheine des WAFF.

Von einigen TeilnehmerInnen wird auch erwähnt, dass Vor- oder Teilfinanzierungen von Kursen für MindestsicherungsbezieherInnen keine Option seien, da das Geld dafür fehle.

9 Hypothesen und Empfehlungen

Die Hypothesen und Empfehlungen beinhalten wichtige Handlungsfelder und sind auch als Anregungen für an den Bericht anschließende Diskussionen und Veranstaltungen zu verstehen.

Deutschkurse wichtigstes Instrument

Für Asylberechtigte und Menschen mit Migrationshintergrund und nicht ausreichenden Deutschkenntnissen sind Deutschkurse das wichtigste Instrument der Integration, die Basis für weiterführende Qualifizierungsmaßnahmen sowie der Schlüssel zum (qualifizierteren) Arbeitsmarkt. Diese Kurse können MindestsicherungsbezieherInnen aber unmöglich selbst finanzieren. Mit der Reduktion der Mindestsicherung für BezieherInnen mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen würde sich diese Situation noch einmal verschärfen. Diese Menschen benötigen vor allen anderen Maßnahmen ein ausreichendes und kostenloses oder leistbares Angebot an Deutschkursen. Auch ein vermehrtes Angebot an höheren Levels bei den Deutschkursen ist wichtig. Besonders effektiv kann die Sprache erlernt werden, wenn die Kurse knapp aufeinanderfolgen und ausreichend Möglichkeiten zur Konversation enthalten.

Berufsbezogene Aus- und Weiterbildung ebenfalls zentral

Ebenfalls zentral für die (Re)Integration in den Arbeitsmarkt sind ausreichende und kostenlose bzw. leistbare berufsbezogene Aus- und Weiterbildungen. Diese werden vor allem auch von Asylberechtigten als besonders relevant hervorgehoben. Arbeitsuchende wollen nicht im Niedriglohnsektor verbleiben, jedoch sind Ausbildungen bei Mindestsicherungsbezug kaum leistbar. Neben Ausbildungsangeboten sind auch Lehrstellen und Arbeitsplätze, die eine Qualifizierung im Unternehmen ermöglichen, wichtige Maßnahmen der Integration.

Gute Ausbildung und Entwicklung von Kindern kostet Geld

Für MindestsicherungsbezieherInnen reicht das Geld gerade aus, Ersparnisse sind keine möglich. Es ist in dieser Situation **schwierig, den eigenen Kindern etwas zu bieten**. Dies verschärft eine Zwei-Klassengesellschaft bei den Jungen und erschwert es, Kinder bei der Ausbildung gut zu unterstützen.



Die Beibehaltung der Mindestsicherungsbeträge für Kinder in der aktuellen Höhe ist daher das Minimum für faire Chancen für alle Kinder und Jugendlichen in Wien. Wichtig und hilfreich erscheinen auch möglichst viele Gratis-Angebote und Unterstützungsleistungen für (Schul-)Kinder und Zuschüsse für Schulzusatzkosten (technisches Equipment, Exkursionen etc.). Auch kostenfreie Angebote für den zweiten Bildungsweg sind ein wichtiges Instrument, um Menschen eine Chance auf einen qualifizierten Arbeitsplatz zu geben.

Ganztägige und leistbare Kinderbetreuung wesentlich

Für Menschen mit Betreuungspflichten ist das Vorhandensein einer ganztägigen, flexiblen und leistbaren Kinderbetreuung ein wesentlicher Faktor für die Arbeitsmarktintegration. Einige Befragte berichten, dass sie für eines oder mehrere Kinder nur einen halbtägigen (und privaten)
Betreuungsplatz haben, weil sie aktuell arbeitsuchend sind. Die Entkoppelung des Nachweises der Erwerbstätigkeit für den Anspruch auf einen öffentlichen Kindergarten- oder Ganztagesschulplatz wäre eine wichtige Maßnahme, um Menschen mit Betreuungspflichten die Arbeitsaufnahme zu erleichtern. In diesem Zusammenhang scheint auch der weitere Ausbau an ganztägigen und kostenlosen bzw. leistbaren Kindergarten- und Schulplätzen notwendig.

JedeR ist anders - Individuelle Beratung und Vernetzung wirken

Arbeitsuchende MindestsicherungsbezieherInnen sind mit einer großen Anzahl von Behörden, Institutionen und Angeboten konfrontiert, gleichzeitig ist jede Lebenssituation eine individuelle. Eine auf den jeweiligen Fall zugeschnittene Beratung und Betreuung, die Vernetzung von Behörden und AkteurInnen untereinander, aber auch die Vernetzung mit Unternehmen werden immer wichtiger, um Herausforderungen zu überblicken und gemeinsam Lösungen suchen zu können. Auf Institutionenebene wird empfohlen, bereits existierende Formate auszubauen und weitere anzudenken. Ein gelungenes Beispiel ist das Case Management des AMS Wien. Auch die geplante neue Geschäftsstelle für Jugendliche (RGS 25 – Wiener Jungendunterstützung) trägt diesen Anforderungen Rechnung, indem AMS- und MA 40-MitarbeiterInnen im selben Haus Jugendliche beraten und betreuen.

Armut und Stigmatisierung erschweren Arbeitsuche

Der Mindestsicherungsbezug ist für Arbeitsuchende ein zusätzlicher Stempel, der zu Verunsicherung bei der Arbeitsuche führt. Auch die finanzielle Situation wirkt sich auf viele Menschen so aus, dass diese mit weniger Selbstbewusstsein im Bewerbungsprozess auftreten. Ein pragmatischer Umgang mit dieser Unterstützungsleistung von Seiten der Behörden, aber auch von Seiten der Unternehmen, kann den Arbeitsuchenden helfen, wieder einen Job zu finden. Eine Haltung, in der die Mindestsicherung als zeitlich befristete und nicht als Dauerleistung vorgesehene Unterstützung dargestellt wird, andererseits aber auch deren Bezug entstigmatisiert wird, könnte die Arbeitsfähigkeit der betroffenen Menschen fördern. Wichtig ist, dass diese zu Bewerbungsgesprächen eingeladen werden und so die Möglichkeit bekommen, ihre Fähigkeiten zu zeigen. Als besonders hilfreich sind auch diverse Beschäftigungsprojekten zu bewerten, da diese den Übergang und die Reintegration in den Arbeitsmarkt stark erleichtern.



Noch mehr Berufsberatung

Die Fantasie, welchen Job man machen könnte, ist bei den Befragten gering, die Vorstellungen sind größtenteils traditionell rollenkonform. Die Betroffenen könnten durchaus **mehr Information und motivierende Impulse zu zukunftsweisenden Berufen** sowie die Ermöglichung einer Finanzierung brauchen. Es wird empfohlen, die Berufsberatung weiter auszubauen, bestehende Veranstaltungen für Informationsarbeit zu nutzen sowie die **Kooperation mit Schulen und Unternehmen** zu forcieren, um für unterschiedliche (Lehr-)Berufe zu begeistern.

Stabilität durch Wohnraum sicherstellen

Mit Mindestsicherungsbezug kann es in Wien sehr schwierig sein, eine private Mietwohnung zu bekommen. VermieterInnen verlangen Einkommensnachweise aus Erwerbseinkommen, dies bedeutet eine Stigmatisierung von Menschen ohne Erwerbseinkommen. Es wird daher empfohlen, Voraussetzungen für leistbaren Wohnraum zu schaffen, damit auch Menschen ohne Erwerbseinkommen in Wien Wohnungen finden. Auch proaktive Informationsarbeit zu Übergangslösungen oder Unterstützungsangeboten kann Menschen in prekären Wohnsituationen helfen.

Kostenfreier öffentlicher Raum hat hohe Bedeutung

Die Bedeutung des kostenfreien öffentlichen Raums steigt, wenn Menschen an der Armutsgrenze leben, um auf diese Weise sozial teilhaben zu können. Dies betrifft vor allem Asylberechtigte und neu Zugewanderte sowie insbesondere junge Menschen und Alleinstehende ohne familiäres Netz. Hilfreiche Unterstützungsleistungen in Wien sind etwa der "Kulturpass" oder der "Tu was!-Pass". Mit diesen Pässen können in Wien gratis Veranstaltungen oder Sportkurse besucht werden. Parks und öffentliche Flächen sollten bewahrt, weiter ausgebaut und für Gratis-Veranstaltungen, Informationsarbeit, Kommunikations- und Integrationsmaßnahmen genutzt werden. Auch flächendeckendes W-LAN könnte hier unterstützend wirksam sein.

Information und verständliche Kommunikation fördern

Insgesamt scheint noch mehr Informationsarbeit wichtig, um alle Zielgruppen gut zu erreichen. Verstanden wird Information vor allem dann, wenn sie in irgendeiner Form interaktiv zur Verfügung gestellt wird, sodass Rückfragen möglich sind. Hier sind alle für die Arbeitsmarktintegration von MindestsicherungsbezieherInnen relevanten Einrichtungen angesprochen. Von Seiten der MA 40 ist bereits geplant, dass beim ersten Beratungstermin noch mehr Zeit in die Aufklärung über rechtliche Grundlagen für den Mindestsicherungsbezug investiert wird und Unklarheiten zu den Einreichunterlagen bereits zu Beginn beseitigt werden können. Aber auch das AMS Wien und Beratungsstellen für spezielle Zielgruppen (Asylberechtigte, MigrantInnen, AlleinerzieherInnnen etc.) sollten so viel Zeit wie möglich in eine gut verständliche Information über Rechte, Pflichten und Möglichkeiten der Unterstützung für Arbeitsuchende investieren. Auch die verstärkte Nutzung digitaler Möglichkeiten (z.B. Live-Chats, Chat-Bots, Video-Dolmetsch) wird empfohlen.